

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 1520-0
Telefax: 8 89 846 ppbn
Telefax: (02 28) 9 1520-12

Inhalt

Günther Verheugen, SPD-Bundesgeschäftsführer, fordert den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog, auf, die nötigen Konsequenzen aus seiner Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Union zu ziehen.

Seite 1

Joachim Foß, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, wirft Finanzminister Waigel 'ideologische Scheuklappen' vor.

Seite 2

Ernst Schwanhold MdB fragt den Kanzler, wer sich bei der Bundesregierung bedanken soll: 3,7 Millionen Arbeitslose grüßen aus dem Freizeitpark Deutschland.

Seite 3

Klaus Kübler MdB bezeichnet die Lieferung von Kriegsschiffen an Indonesien als 'politisch und moralisch unverantwortlich'.

Seite 3

Neue Adresse seit 1.1.1984

Schumannstr. 2b
53113 Bonn
Postfach 190167
53037 Bonn

49. Jahrgang / 5

7. Januar 1994

Herzog muß Konsequenzen aus Nominierung ziehen Kanzler Kohl hat alle seine Prinzipien aufgeben

Von Günther Verheugen MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Die Festlegung auf einen Unionskandidaten für das Amt des Bundespräsidenten in einem Telefonat zwischen dem CSU-Chef Waigel und Bundeskanzler Kohl verändert an der Kandidatur von Johannes Rau selbstverständlich nichts. Jedermann weiß, daß Johannes Rau wachsende Zustimmung in der Bevölkerung erfährt. Die Bürgerinnen und Bürger wollen es nicht, daß der Bundespräsident in Kamingsgesprächen oder in Telefonaten zwischen Parteivorsitzenden ausgehandelt wird. Wir bauen auf die souveräne Entscheidung der Mitglieder der Bundesversammlung.

Es ist nur schade, daß der Bundeskanzler offensichtlich nicht die Kraft hat, über seinen Schatten zu springen und Johannes Rau als gemeinsamen Kandidaten zu unterstützen. Das läge um so näher als der Kanzler nun alle seine Prinzipien aufgeben mußte. Weder von einem Kandidaten aus dem Osten noch von einem gemeinsamen Kandidaten der Bonner Koalition ist noch die Rede.

Jetzt ist klar: Dem Bundeskanzler und seiner Union geht es nur noch um parteitaktisches Kalkül. Nach dem Scheitern des Kanzlers mit seinem Kandidaten Heitmann hat zudem jetzt offenbar die CSU bei der Kandidatenauswahl das Sagen.

Der zu Unabhängigkeit und Überparteilichkeit verpflichtete Präsident des Bundesverfassungsgerichts ist damit in die Parteipolitik zurückgekehrt. Wir gehen davon aus, daß er jetzt von sich aus die notwendigen Konsequenzen zieht.

(-/7. Januar 1994/hgs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217, 53113 Bonn
Postfach 120408, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Vertriebspartner
mit verbundener Rufnummer
Rezeption: Bonn



Waigel legt seine ideologischen Scheuklappen nicht ab
**Steuervereinfachung muß den Bürgern zugute kommen und darf nicht zur Fortsetzung
der ungerechten Umverteilungspolitik mißbraucht werden**

Von Joachim Poß MdB
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Endlich hat auch Bundesfinanzminister Waigel begriffen, daß es mit dem von ihm angerichteten Steuer-Chaos nicht so weitergehen kann. Im Vergleich zu der Vielzahl von Einzelvorschlägen der Länder-Finanzminister und den systematischen Vereinfachungsvorschlägen der SPD sind die Vorschläge des Bundesfinanzministers jedoch enttäuschend. Es handelt sich in weiten Bereichen nur um ein Herumdoktern an den Folgeerscheinungen der seit dem Amtsantritt von Bundesfinanzminister Waigel eingetretenen Komplizierung des Steuerrechts (zum Beispiel durch die Einführung eines "Zwei-Jahres-Veranlagungszeitraums" und von "Kurzveranlagungen"), ohne daß die Ursachen für die Undurchschaubarkeit des Steuerrechts wirklich beseitigt werden.

Bedenklich ist, daß Waigel nicht in der Lage ist, seine ideologischen Scheuklappen abzulegen und auch das wichtige Anliegen der Steuervereinfachung zur Fortsetzung seiner Umverteilungspolitik mißbrauchen will. Ausgerechnet die Besitzer großer Vermögen will er durch den Wegfall der Gewerbesteuer (Steuerausfallvolumen rund vier Milliarden DM) sowie eventuell durch die Abschaffung der Vermögensteuer (Steuerausfall rund acht Milliarden DM) erneut begünstigen. Bezahlen sollen diese Steuergeschenke wohl die Masse der Bürger durch neue Steuererhöhungen. Durch die Vorschläge von Waigel würde die bereits jetzt bestehende "Gerechtigkeitslücke" noch größer werden.

Enttäuschend ist vor allem, daß Bundesfinanzminister Waigel nicht erkannt hat, welche enorme Vereinfachungswirkung in der verfassungsgerecht gebotenen Steuerfreistellung des Existenzminimums liegt. Während nach der von ihm durchgesetzten Übergangsregelung in diesem Jahr erstmals Millionen Bürger mit geringem Einkommen eine Einkommensteuererklärung abgeben müssen, würden durch eine verfassungskonforme Anhebung des Grundfreibetrags bis zu fünf Millionen Steuerpflichtige vollkommen von der Lohn- und Einkommensteuer befreit. Der hiermit verbundene Vereinfachungseffekt ist wesentlich größer als bei der Abschaffung von Vermögen- und Gewerbesteuer. Zudem wäre die Anhebung des Grundfreibetrags ein wesentlicher Schritt hin zu der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Steuergerechtigkeit. Es ist bezeichnend, daß Waigel den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts nur am Rande erwähnt und ihn als lästige Pflicht empfindet, die er möglichst unterlaufen will.

Beim Familienlastenausgleich hat der Bundesfinanzminister jetzt endlich eingestanden, daß eine Vereinfachung notwendig und möglich ist. Bei dem derzeitigen unkoordinierten Nebeneinander von Kinderfreibetrag, ungekürztem oder gekürztem Kindergeld und Kindergeldzuschlag, von Ausbildungsfreibetrag und Kinderkomponente bei außergewöhnlichen Belastungen weiß kein Steuerpflichtiger, wieviel sein Kind dem Staat wert ist. Die Vorschläge von Waigel bleiben aber weit hinter dem Notwendigen und auch finanzpolitisch Machbarem zurück. Die größte Vereinfachung wäre in diesem Bereich die Gewährung eines einheitlichen, bei der Steuer zu berücksichtigenden Kindergeldes von 250 DM für jedes Kind. Die Vorschläge der SPD hierzu liegen seit langem auf dem Tisch.

(/7. Januar 1994/hgs/ks)

Danke Kanzler

3,7 Millionen Arbeitslose grüßen aus dem Freizeitpark Deutschland

Von Ernst Schwanhold MdB

Es ist schon ein starker Tobak, der uns von Seiten der Bundesregierung geboten wurde. Da bemängelt der Bundeskanzler auf dem traditionellen Empfang der Sternsinger in Bonn, daß "viel zu viele Deutsche klagen" und damit "eine miese Stimmung" verbreiten. Man solle stattdessen darüber nachdenken, was man "gemeinsam" für die Zukunft tun könne. Und auch die "Untugend" der Deutschen, nur noch selten "Danke" zu sagen, ist dem Kanzler ein Dorn im Auge.

Es gehört schon eine gehörige Portion Zynismus dazu zu verlangen, die 3,7 Millionen Arbeitsloser, die sich wahrscheinlich im "Freizeitpark Deutschland" langweilen, sollten gefälligst mit einem "Keep-smiling-face" durch die Lande ziehen und sich für ihre Situation bedanken - bei wem eigentlich?

Bei Herrn Rexrodt vielleicht, dem nichts Besseres einfällt, als den Bürgern wieder einmal ein Umdenken abzuverlangen, wobei es "große Einschnitte in scheinbar bewährte Regelwerke" bedürfe, um Arbeitsplätze zu halten beziehungsweise neu zu schaffen. Einschnitte doch nur bei denjenigen, die schon bisher die Hauptlast der Wirtschaftskrise getragen haben, nämlich den Sozialschwachen, die für den Marktwirtschaftler Rexrodt doch nur eine Manövriermasse zu sein scheinen.

Der Gipfel an Reformwillen und die Speerspitze einer neuen Innovationspolitik scheint für Herrn Rexrodt die Aufhebung des Vermittlungsmonopols bei den Arbeitsämtern zu sein. Als ob bei rund fünf Millionen fehlenden Vollzeitbeschäftigten noch Spielräume für Vermittlungen bestünden.

Oder bei den Unternehmen, die die jetzige katastrophale Wirtschaftssituation durch ihre unflexible Politik in den letzten Jahren mitverursacht haben und denen auch nichts anderes einfällt, als Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Keine Spur von Einsicht in die Notwendigkeit, ihre unternehmerischen Entscheidungen zu überdenken. Was man da tun könnte, zeigen uns seit geraumer Zeit die Handelspartner im pazifischen Raum und nicht zuletzt in den USA.

Vielleicht ist da der Vorschlag des FDP-Fraktionschefs im Stuttgarter Landtag, Walter Döring, hilfreich, der dem Staat ein "Fitneßprogramm" verordnen möchte: Man könne - und das gilt meines Erachtens nicht nur auf Länderebene - mit drei bis vier Ministern weniger auskommen. Warum nicht gleich damit beim Bundeswirtschaftsminister anfangen?

(-/7. Januar 1994/hgs/ks)

Politisch und moralisch unverantwortlich

Kriegsschiffe an Indonesien - Beginn der neuen Rüstungsexportpolitik

Von Dr. Klaus Köbber MdB

Die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion "Waffenlieferungen, insbesondere Kriegsschifflieferungen an Indonesien" ist nicht nur völlig unbefriedigend, sondern sie deutet klar auf eine neue Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung hin, wie sie nach dem CDU-Papier mit der irreführenden Zielvorgabe der Harmonisierung der Rüstungsexporte der EU-Staaten vorgesehen ist.

Die Kriegsschifflieferungen an Indonesien sind eine praktizierte Vorwegnahme dieser neuen Vorschläge.

Es ist von der Bundesregierung politisch und moralisch unverantwortlich, in ein Land wie Indonesien - ohne demokratische Verfassung, mit vielfältigen massiven Menschenrechtsverletzungen - Kriegsschiffe (und noch in dieser Größenordnung) zu liefern. Die Bundesregierung ist blauäugig, sie nimmt damit bewußt in Kauf, wenn sie davon ausgeht, daß diese Schiffe in dem diktatorisch regierten Inselstaat bei der gegebenen innenpolitischen Situation nicht auch für innenpolitische Zwecke eingesetzt werden. Die Bundesregierung hat für diesen sehr wahrscheinlichen Fall vertraglich keine Sanktionsmöglichkeiten vereinbart. Sie setzt - so ihre Antwort - auf die Vertragstreue der Indonesischen Regierung. Dabei hat es noch nie im Ernstfall vertragstreue Diktatoren gegeben!

Mit Ländern, in denen massive und permanente Menschenrechtsverletzungen vorkommen, dürfen keine Kriegswaffengeschäfte getätigt werden. Der Bundesregierung ist auch der schwerwiegende Vorwurf zu machen, daß sie viel skrupelloser an die Waffengeschäfte mit Indonesien herangeht als die USA oder die WEU. Die Bundesregierung ist meiner Frage ausgewichen, und sie hat sie damit im Grunde verneint, ob sie bereit ist, sich an den vom US-Senat aufgestellten Kriterien bezüglich Waffenverkäufe an Indonesien zu orientieren beziehungsweise ähnliche aufzustellen und anzuwenden.

Kaltschnäuzig setzt sich die Bundesregierung auch über die von ihr mitbeschlossenen entsprechenden WEU-Beschlüsse hinweg. Sie hat die WEU-Empfehlung mitgetragen, ein unverzügliches Waffenembargo über Indonesien zu verhängen, obwohl sie kurz zuvor ein Waffen Großgeschäft mit Indonesien getätigt hat. Welch eine Heuchelei! Und sie unterstreicht ihr heuchlerisches Verhalten noch damit, daß sie unverfroren in ihrer Antwort erklärt, ihren bei der WEU mitgetragenen Beschluß des Waffenembargos in ihre weiteren Überlegungen "mit" einzubeziehen. Das besagt gar nichts. Deutlicher kann man - auch in der Zukunft - sich nicht über die WEU-Empfehlungen hinwegsetzen.

Die Antwort ist auch eine Kampfansage an die Entwicklungspolitik Sprangers, der Entwicklungshilfe daran knüpfen will, daß die Empfängerländer keine Rüstungsgüter kaufen. Wenn mehr Waffen in die Dritte Welt verkauft werden, unterläuft dies die entwicklungspolitischen Ziele der Armutsbekämpfung und der Entwicklungsförderung.

Die massiven Waffenlieferungen an Indonesien bestätigen auch die neue Asienpolitik der Bundesregierung, die sich eindeutig an der Wirtschaftspolitik orientiert und Fragen der Menschenrechte oder der Demokratie - wenn man von rein verbalen Menschenrechts-Aktivitäten absieht - völlig in den Hintergrund treten läßt. Insofern ist die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung in vielen Ländern Asiens reine Makulatur.

Die Aussagen der Bundesregierung in der Antwort, sich in Indonesien immer wieder für Menschenrechte einzusetzen, klingen hohl, wenn die Indonesische Regierung weiß, daß sie all ihre Wünsche wie die Kriegsschiffslieferungen voll erfüllt bekommt, ohne auch nur die geringsten Konzessionen in der Menschenrechtsfrage oder der Unterdrückung ganzer Völker machen zu müssen. Damit wird die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung in Asien immer fragwürdiger.

Die Bundesregierung versucht, ihr fragwürdiges Verhalten dadurch besser durchsetzen zu können, daß sie in der jetzigen Zeit mit ihrer hohen Arbeitslosigkeit mit dem Erhalt von Arbeitsplätzen gerade in ostdeutschen Werften lockt. Doch das Arbeitsplatzargument fällt schwach aus, handelt es sich doch möglicherweise - wenn überhaupt - um 100 Arbeitsplätze. Die Rüstungspolitischen Grundsätze der Bundesregierung vom 28. April 1992 sagen aber richtigerweise ausdrücklich aus, daß das Arbeitsplatzargument nicht ausschlaggebend sein darf.

Ob die Bundesregierung in ihrer Antwort wichtige Fakten verschwiegen hat, wird sich noch zeigen. Das gilt für die Frage der Lieferung von 5.000 Tonnen Munition sowie Ersatzteilen für einen Zeitraum von fünf Jahren. Es geht auch um die Frage, ob Djarkerta einen deutschen Kredit in Höhe von 331 Millionen Mark erhalten hat, um die Schiffe umzurüsten.

(/7.1.1994/vo-he/hgs)
